

Christian Promitzer

Demokratie als ethnisch geschlossene Veranstaltung

Politischer Pluralismus und der Zerfall Jugoslawiens *

Es ist eine Tatsache, daß dem kriegerischen Zerfall der ehemaligen *Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien* die Durchführung von Mehrparteienwahlen in den einzelnen Teilrepubliken zeitlich vorausging. War das Entstehen einer pluralistischen Parteienlandschaft nur ein Schritt auf dem Weg zum Zerfall, oder ist es dessen eigentliche Ursache? Bevor die bewaffneten Kämpfe im Lauf des Jahres 1991 begannen, war von Slowenien im Norden bis Makedonien im Süden überall das kommunistische Einparteiensystem abgelöst worden. Diese ‚Demokratisierung‘ führte jedoch kaum zu mehr Freiheit und nirgendwo zu mehr Wohlstand, sondern zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges kam es zu Krieg und Völkermord auf dem europäischen Kontinent. Was ist im ehemaligen Jugoslawien – im Vergleich zu den anderen ehemals sozialistischen Ländern Osteuropas bei der Entwicklung des Mehrparteiensystems schiefgelaufen? Oder können wir diesen spezifischen Fall überhaupt einem generalisierenden Vergleich unterziehen?

Nun, auch in den anderen ehemals sozialistischen Ländern ist die Friedens- und Wohlstandseuphorie heute verfliegen. Eine vom Westen – schon aus ökonomischen Interessen – herbeigewünschte postkommunistische Identität gibt es al-

* Der Titel entstammt einer Wendung aus Stefan Troebst, Nationalismus vs. Demokratie: Der Fall Bulgarien, in: Margareta Mommsen, Hg., Nationalismus in Osteuropa. Gefährliche Wege in die Demokratie, München 1992, 168–186, hier 169.

lenfalls in Form des Nationalstaates oder nationalistischer Bewegungen.¹ Jugoslawien ist dennoch ein Ausnahmefall: Im Unterschied zu den meisten anderen „Reformländern“ machte in diesem Vielvölkerstaat keine ethnische Gruppe die absolute Mehrheit der Bevölkerung aus. Die Serben als zahlenmäßig stärkstes Volk bildeten unter den Völkern und Nationalitäten Jugoslawiens nur eine relative Mehrheit. Dazu kam, daß die verschiedenen Völker vielfach in ethnischen Mischgebieten lebten. Der entstehende Nationalismus führte in diesen Zonen – insbesondere in Bosnien-Herzegowina mit der größten ethnischen Durchmischung – jüngst zu den massiven Gewaltformen der „ethnischen Säuberungen“. Wenn diese Gefahr in den anderen (mittel-)osteuropäischen Staaten auch geringer ist, so signalisieren die Kämpfe in Moldawien und in Georgien, wie auch die Aberkennung der Bürgerrechte der in Estland lebenden Russen auf dem Boden eines vielfach größeren, ebenfalls zerfallenen Vielvölkerstaates doch potentiell ähnliche Szenarien.

Die Vorrangigkeit von ethnischen Fragen und das spezifische Agieren der hier entstehenden Nationalismen machen Jugoslawien auch insofern zu einem Ausnahmefall, als die ‚Demokratisierung‘ weniger unter dem Paradigma des ökonomischen und politischen Systemwechsels als unter dem der Nationalstaatsbildung erörtert wurde. Von Beginn an stand jeweils die Frage im Vordergrund, wie die Genese eines slowenischen, kroatischen oder serbischen Nationalstaates innerhalb des Territoriums der jeweiligen Teilrepublik und teilweise sogar über deren Grenzen hinaus am ehesten erreichbar sei. Zudem entstanden in Serbien und Kroatien Formen eines Populismus, die zwar im demokratischen Gewand auftraten, aber tatsächlich die Entstehung von Zivilgesellschaft und Rechtsstaat verhinderten und die Rechte der einzelnen und der Minderheiten der „organischen Ganzheit“ der staatsbildenden Nation gewaltsam unterordneten. Mehrparteiensystem und Demokratie sind demzufolge keine Synonyme. Mehrparteiensysteme können auch in nicht-demokratischen Gesellschaften auftreten, ja dem hier dominierenden Populismus den Anschein demokratischer Legitimität verleihen, wie dies etwa in vielen lateinamerikanischen Ländern der Fall ist.

Dieser Artikel behandelt die Entwicklung des ‚Mehrparteiensystems‘ in den einzelnen jugoslawischen Teilrepubliken seit 1989. Wegen der verwirrenden

1 Vgl. die Länderstudien in: Margareta Mommsen, Hg., Nationalismus in Osteuropa. Gefährliche Wege in die Demokratie, München 1992.

Komplexität der Verhältnisse ist es angebracht, sich dabei auf die Grundlinien zu beschränken. Die Quellenlage ist allerdings prekär: Seit der Etablierung nationalistischer Regime in Serbien und später auch in Kroatien sind die Medien der nationalstaatlichen Propaganda unterworfen, so daß der kritische Betrachter oft auf die Mittel der „Kremlastrologie“ verwiesen ist. Deshalb werde ich hier auch immer wieder auf nicht zitierte persönliche Erfahrungen und Gespräche mit Oppositionellen aus dem ehemaligen Jugoslawien zurückgreifen.²

Im ersten Abschnitt werden die unmittelbaren Voraussetzungen für die Herausbildung der ‚Mehrparteiensysteme‘ in den Teilrepubliken herausgearbeitet und es wird gefragt, warum diese nur auf der Ebene von Teilrepubliken entstanden. Darauf folgt eine Darstellung dieser Parteiensysteme. Im dritten Abschnitt werden jene übernationalen Parteien behandelt, die sich für eine Demokratisierung des gesamten Jugoslawien eingesetzt haben, aber durch den Zerfall des Bundesstaates an den Rand der Entwicklung gedrängt worden sind.

Die strukturellen Gründe für das Wiederaufleben des Nationalismus im ehemaligen Vielvölkerstaat und dessen Vorgeschichte werden hier nur gestreift. Die Rolle der „internationalen Gemeinschaft“ beim Zerfall Jugoslawiens und die für den ethnischen Diskurs so essentiellen nationalen Mythen wie auch historische Parallelen zum Parteiensystem im ersten Jugoslawien von 1918-1941 werden nicht berücksichtigt.

„1974“ und die Folgen

Eine wichtige Frage bei der Entstehung des Mehrparteiensystems ist, warum es sich nur auf der Ebene der Teilrepubliken entwickelt hat. In der Zerfallsperiode des Vielvölkerstaates hat es – mit Ausnahme des letzten jugoslawischen Ministerpräsidenten Ante Marković und einiger Oppositioneller – kaum Bestrebungen gegeben, allgemeine Mehrparteienwahlen auf Republiksebene durchzuführen. Eine zweite Frage geht dahin, ob es mittels einer integrativen jugoslawischen Partei möglich gewesen wäre, den Zerfall der Föderation aufzuhalten.

² Diese Kontakte und Erfahrungen ergaben sich im Rahmen meiner Tätigkeit für die alternative Zeitschrift „Ost-West-Gegeninformationen“ sowie aus meiner zeitweisen Tätigkeit als freier Journalist.

Das erste Glied in der Zerfallskette kann in der jugoslawischen Verfassung von 1974 gefunden werden.³ Die hier festgeschriebene de-facto-Konföderalisierung Jugoslawiens, die rechtlich-politische Aufwertung der beiden auf dem Boden der Sozialistischen Republik Serbien bestehenden autonomen Regionen Vojvodina und Kosovo sind der Ausgangspunkt für alle später folgenden politischen Prozesse. Dieses Gesetzeswerk diente u. a. auch zur Absicherung der persönlichen Macht von Marschall Tito, der als *arbiter elegantiarum* alle Fäden der Macht in seinen Händen hielt.⁴

Nach Titos Tod im Jahr 1980 wurde die Macht im kollektiven Staatspräsidium von den Parteileitungen der acht föderativen Einheiten geteilt. Damit kam es zu einer Verlagerung des Machtzentrums in die einzelnen föderativen Einheiten. Dieser Prozeß wurde durch den rotierenden Vorsitz im Staatspräsidium und das hier vorherrschende Konsensprinzip, das die Zentralmacht erheblich schwächte, weiter vorangetrieben. Die bald darauf einsetzende Wirtschaftskrise führte zu einer progressiven Verarmung der Bevölkerung.⁵ Außerdem verstärkte sie die ökonomischen und schließlich auch die politischen Spannungen zwischen den zunehmend eigenständig agierenden Teilorganisationen des *Bundes der Kommunisten*. Halbherzige Ansätze zu einem Krisenmanagement kamen nur von der Bundesregierung. Diese wurden jedoch von den Republikführungen aufgrund ihrer ökonomischen Eigeninteressen kaum durchgesetzt.

Der 1981 niedergeschlagene Aufstand der albanischen Bevölkerung im Kosovo bildete den Stimulus für nationalistische Regungen in der serbischen Intelligenz, die die Existenz der Serben im Kosovo und später auch in anderen Teilrepubliken gefährdet sah. Bereits 1982 sehnte sich der Schriftsteller Dobrica Ćosić nach einer serbischen Revolution, einer „Vereinigung aller Serben in einem Staat“ bzw. einer „Föderation serbischer Länder“.⁶ Den Höhepunkt dieser Tendenz bildete ein 1986 erstelltes „Memorandum“ der serbischen Akade-

3 Vgl. Monika Beckmann-Petey, *Der jugoslawische Föderalismus*, München 1990; George Potts, *Bundesverfassung: Teil des Problems oder Teil der Lösung*, in: *Ost-West-Gegeninformationen* 3 (1991), Nr. 6a, 19–25.

4 Vgl. Svetozar Stojanović, *Titos Charismarchie*, in: *Ost-West-Gegeninformationen* 3 (1991), Nr. 6a, 31–35.

5 Vgl. Alexandra Pošarac, *Poverty in Yugoslavia, 1978–1989*, in: *Südosteuropa* 40 (1991), Nr. 2, 92–116.

6 Zit. n. Nebojša Popov, *Srpski Populizam*, Beograd 1993, Supplement von *Vreme* vom 31. Mai 1993, 19.

mie der Wissenschaften, in dem sich das subjektive Gefühl einer vierzigjährigen Benachteiligung der Serben und ein auf den serbischen Genozid zur Zeit des kroatischen Ustaša-Staates 1941–45 zurückgehendes Trauma niederschlugen.⁷

Die erste zentrale Forderung, die unmittelbar zu erreichen sei, galt der Aufhebung der 1974 festgeschriebenen ‚Zerstückelung‘ der Republik Serbien in ein ‚engeres Serbien‘ und zwei autonome Provinzen, wo die Serben in einem Fall – Kosovo – nur die Minderheit der Bevölkerung stellten. Der Bankier Slobodan Milošević, 1987 zum Vorsitzenden des *Bundes der Kommunisten Serbiens* gekürt, schaltete rasch innerparteiliche Gegner aus und machte sich Standpunkte des „Memorandums“ zu eigen, die er mit der von ihm angeregten Massenbewegung der „antibürokratischen Revolution“ verband. Die im September und Oktober 1988 anhebenden Protestmeetings gegen bürokratische Strukturen des Systems waren zwar bestellt, teilweise gingen die Menschen aber auch aus freien Stücken auf die Straße. Sie sahen in der von Milošević losgetretenen Bewegung eine Möglichkeit, durch den Sturz unfähiger Kader (der sogenannten *foteljaši* – Sesselkleber) die Wirtschaftskrise zu bewältigen. Wohl hatte sich Milošević im Parteiapparat, in Polizei und Armee sowie in den Medien (Fernsehen und die Tageszeitung *Politika*) eine ansehnliche Machtbasis aufgebaut, doch dies allein „hätte nicht genügt, einen neuen ‚Persönlichkeitskult‘ aufzubauen, wären die Lebensbedingungen der Menschen nicht einer Katastrophe gleichgekommen, aus der kein Ausweg zu sehen war; infolgedessen riefen die unzufriedenen und verängstigten Menschen nach einem Führer und Retter.“⁸ Auf diese Art wurde Slobodan Milošević zur Symbolfigur eines „systemkonformen Populismus“.⁹

Slobodan Milošević gelang es, über internen Druck und über Massenversammlungen die „bürokratischen“ Führungen in der autonomen Region Vojvodina (1988) und in der Teilrepublik Montenegro (1989) zu stürzen und mit ihm loyalen ‚Kadern‘ zu besetzen. Die seit 1988 betriebene Einverleibung des Kosovo konnte jedoch nur durch den Einsatz von Sondereinheiten der Polizei und der Armee gegen den Widerstand der albanischen Bevölkerung bewerkstelligt werden. Im Gefolge dieser serbischen (Re-)Conquista wurden auch die Sitze

7 Einen kurzen Abriss des Memorandums gibt Wolfgang Libal, *Das Ende Jugoslawiens. Chronik einer Selbsterstörung*, Wien u. Zürich 1991, 122–126.

8 Popov, *Srpski Populizam*, wie Anm. 6, 21.

9 Jens Reuter, *Vom ordnungspolitischen zum Nationalitätenkonflikt zwischen Serbien und Slowenien*, in: *Südosteuropa* 39 (1990), Nr. 10, 571–586, hier 571.

Montenegros, der Vojvodina und des Kosovo im jugoslawischen Staatspräsidium von Milošević ergebenen Personen besetzt, so daß die serbische Führung schließlich vier der acht Sitze im jugoslawischen Staatspräsidium kontrollierte.

Nun, da offenbar geworden war, daß Milošević die Führungsrolle im Staat für sich beanspruchte, reagierten die bisher lavierenden Parteiführungen der übrigen Republiken auf dem außerordentlichen 14. und letzten Kongreß des *Bundes der Kommunisten Jugoslawiens* Anfang 1990. Reformen, die die slowenische Delegation für eine Demokratisierung des Landes vorschlug, fanden keine Mehrheit. Die slowenische Delegation verließ den Parteitag, der Kongreß wurde vertagt, die ohnehin schon brüchige Gesamtpartei hatte aufgehört zu existieren.

Jugoslawien war nun ohne einigende ideologische Klammer – Staatspräsidium, Bundesregierung und Bundesparlament wurden endgültig zum Spielball zwischen dem serbisch-montenegrinischen Machtblock und den übrigen Republiken. Die Jugoslawische Volksarmee verharrte in einer Warteposition, bis sie sich 1991 – bestand doch der Großteil des Offizierskorps aus Serben – offen dem serbischen Block annäherte.

Nunmehr mußte jede Republikführung für sich eine Antwort auf die jäh akut gewordene System- und Legitimitätskrise finden. In dieser Situation – die „Wende“ in den übrigen sozialistischen Ländern hatte bereits erste Ergebnisse gezeitigt – wurden zwei Antworten gefunden, die an bereits praktizierte „Wende“-Modelle in anderen osteuropäischen Ländern erinnern¹⁰: Der ungarische Weg der freiwilligen Machtaufgabe und des geordneten Rückzugs der Kommunisten wurde von Slowenien eingeschlagen. Das rumänisch-bulgarische Modell mit Beibehaltung des alten Machtapparats, der nur kosmetischen Änderungen unterzogen wurde, war die serbische Option: das Mehrparteiensystem war ein realpolitisches Kalkül zum Machterhalt der herrschenden Equipe. In den übrigen Republiken wurden Mittelwege eingeschlagen. Hier wurde die Einrichtung von Mehrparteiensystemen weniger vorbereitet als unter dem Druck der Ereignisse in dem sich in Auflösung befindlichen gemeinsamen Staat hingegenommen. Kroatien entfernte sich nach der Machtübernahme der von Franjo Tudjman angeführten national-populistischen *Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft* (HDZ) recht bald vom slowenischen Vorbild. Das bisherige Ein-

10 Vgl. Reuter, Nationalitätenkonflikt, wie Anm. 9; Vladimir Biti, Der Griff nach der Geschichte – eine Balkanspezialität, in: Neue Literatur, NF 1 (1993) 44–60, hier 47.

parteiensystem wurde durch das politische Monopol der neuen herrschenden Partei fortgesetzt. Die Situation in Makedonien erinnert stärker an die schrittweise „Wende“ in Bulgarien; die ehemaligen Kommunisten blieben die bestimmende Kraft in der neuen Mehrparteienregierung. Bosnien-Herzegowina – als Vielvölkerstaat ohne Dominanz einer ethnischen Gruppe – wurde hingegen schon bei der „Wende“ das Objekt serbisch- und kroatischnationaler Aspirationen, die von Serbien und Kroatien aus gesteuert wurden.

Wie unterschiedlich die Ausgangslage für die Entstehung von Mehrparteiensystemen in den einzelnen Teilrepubliken war und wie sehr sich dies jeweils auch in der darauffolgenden Phase der ersten Wahlen und der neuen Machtkonstellationen widerspiegelte, soll im folgenden Abschnitt behandelt werden.

Die Wende in Slowenien

In Slowenien haben Formen des Populismus niemals ein derartiges Ausmaß erreicht wie in Serbien und Kroatien. Innerhalb Jugoslawiens wurde Slowenien seit Mitte der achtziger Jahre das Zentrum einer Alternativkultur, die sich an den „neuen sozialen Bewegungen“ (autonome Frauen-, Friedens- und Umweltgruppen) im Westen orientierte. Als Exponenten dieser Bewegung 1988 von einem Militärgericht wegen des „Verrats von militärischen Geheimnissen“ verurteilt wurden, kam es zu einer jähen Politisierung¹¹: Die zivilgesellschaftlichen Initiativen selbst wurden zum Auslöser einer nationalen Orientierung, die weite Teile der Bevölkerung erfaßte. In Teilen der Friedensbewegung wurde die Idee der Entmilitarisierung Sloweniens als Vertreibung der Jugoslawischen Volksarmee vom Territorium Sloweniens verstanden. Für die Exponenten dieser Strömung, die sich vor den ersten Mehrparteienwahlen in der *Demokratischen Partei* zusammenschlossen, war der Übergang zum Konzept eines slowenischen Nationalstaates nur mehr ein kleiner Schritt. Sie gingen in der Folge ein „antikommunistisches Bündnis“ mit den entstehenden Mitte-Rechts-Gruppierungen (*Sozialdemokratische Partei*, *Christlich-Soziale Partei*, *Bauernpartei*, *Grüne*) unter dem signifikanten Namen DEMOS ein.¹² Diese nichtkommunistischen

11 Vgl. Nenad Zakošek, Chancen nichtnationalistischer Politik in den einzelnen Republiken, in: John Gaisbacher u. a., Hg., Krieg in Europa. Analysen aus dem ehemaligen Jugoslawien, Linz 1992, 174–186, hier 176 f.

12 Vgl. Tonči Kuzmanić, Entmilitarisierung im ehemaligen Jugoslawien, in: Gaisbacher,

Gruppierungen konnten sich 1989 unter der Duldung des damals noch herrschenden *Bundes der Kommunisten Sloweniens* zuerst als informelle Gruppen im Rahmen der ehemaligen, nach 1945 gegründeten „Volksfront“-Organisation, des *Sozialistischen Bundes der Werktätigen Sloweniens*, und in der Folge auch als eigenständige politische Parteien etablieren. Getragen wurde diese Demokratisierung durch den reformierten *Bund der Kommunisten Sloweniens* unter dem Vorsitz von Milan Kučan.

Nach ihrem Auszug aus dem 14. Bundeskongreß organisierten die slowenischen Kommunisten binnen weniger Wochen die ersten Mehrparteienwahlen in Slowenien. Das Oppositionsbündnis DEMOS errang bei den Parlamentswahlen am 8. April 1990 55 Prozent der abgegebenen Stimmen und stellte auch die neue Regierung, während der mit dem Zusatz *Partei der demokratischen Erneuerung* kandidierende *Bund der Kommunisten Sloweniens* (heute *Vereinigte Liste der Sozialdemokraten Sloweniens*) nur 20 Prozent der Stimmen erreichte. Zum Präsidenten der Republik wurde jedoch im zweiten Wahlgang der Reformkommunist Milan Kučan gewählt.¹³ Diese Machtbalance wurde durch den bereits vor den Wahlen geübten überparteilichen Diskurs gestärkt und angesichts des Fehlens eines slowenischen Nationalstaates in der Neuzeit und der im Vergleich zu anderen Teilrepubliken Jugoslawiens relativ homogenen ethnischen Struktur (86 Prozent der Bevölkerung sind Slowenen) auch nicht durch widersprüchliche Geschichtsbilder getrübt.¹⁴ Nach der Volksabstimmung über die Souveränität Sloweniens Ende 1990 erlebte dieser Konsens in der Ende Juni/Anfang Juli 1991 erfolgreich abgewehrten Intervention durch die Jugoslawische Volksarmee seine Feuertaufe. Die seit Erlangung der Unabhängigkeit und den Neuwahlen in parlamentarischen Geleisen erfolgten Regierungswechsel und neuen Koalitionsbildungen zeigen, daß der 1988/89 entstandene Kon-

Krieg in Europa, wie Anm. 11, 69–83, hier 75 f.; Sonja Lokar, Die Friedensbewegungen im ehemaligen Jugoslawien. Eine persönliche Rückschau, in: Gaisbacher, *Krieg in Europa*, wie Anm. 11, 58–67, hier 63 f.

13 Vgl. Tonči Kuzmanić, Slowenien und Kroatien. Wahlen als Abstimmung über „nationale Selbständigkeit“, in: *Ost-West-Gegeninformationen* 2 (1990), Nr. 4–5, 20–22.

14 Die Diskussion mit Kärntner Politikern um den Fürstenstein auf dem Zollfeld, der als Symbol frühmittelalterlicher Staatlichkeit bei den Slowenen auf dem Tolar, der neuen Geldnote des slowenischen Staates, abgebildet worden ist, nimmt sich gegenüber der mit Waffengewalt ausgetragenen serbisch-kroatisch-muslimischen „historischen Abrechnung“ vergleichsweise lächerlich aus.

sens – trotz Wirtschaftskrise und wachsender Arbeitslosigkeit – eine dauerhafte Grundlage für die Herausbildung eines slowenischen Nationalstaates gelegt hat.

Die Wende in Kroatien

In Kroatien blieb dem *Bund der Kommunisten*, wenn er der Strategie des serbischen Blocks eine neue Legitimationsbasis entgegensetzen wollte, keine andere Option, als ebenfalls auf Mehrparteienwahlen zu setzen. Aber Kroatien war mit einer serbischen Volksgruppe von 12 Prozent und anderen kleineren ethnischen Minderheiten weit weniger ethnisch homogen als Slowenien. Die Bereitschaft der Parteimitglieder, den Reformkurs zu tragen, war deutlich geringer als in Slowenien, denn nach der Niederschlagung der von der kroatischen Partei angeführten nationalistischen Massenbewegung des Kroatischen Frühlings von 1971 fehlte der damals von Tito von oben herab rekonstruierten Partei das Vertrauen der kroatischen Bevölkerung. Außerdem war die Alternativbewegung in Kroatien nur eine marginale Größe. Statt dessen wurde eine buntscheckige nationale Bewegung der Träger der antikommunistischen Opposition.

Die schon 1989 gegründete HDZ unter Führung von Franjo Tuđman wurde bald die treibende Oppositionskraft. Die Proponenten dieser Partei waren unterschiedlicher Herkunft: In erster Linie enttäuschte ehemalige kommunistische Funktionäre wie Franjo Tuđman, Stipe Mešić oder Josip Manolić, die spätestens im Kroatischen Frühling aus der Partei ausgeschlossen worden waren und danach mehrjährige Gefängnisstrafen verbüßt hatten; andererseits Exilkroaten, als Nachkommen ehemaliger Protagonisten des Ustaša-Staates gestandene Antikommunisten, die aufgrund ihrer Geschäfte im Westen den Wahlkampf der HDZ finanzieren konnten.¹⁵ Zu dieser Gruppe zählten auch Kroaten aus der Hercegovina, dem westlichen Teil der Republik Bosnien-Hercegovina, die sich später im Krieg gegen Serbien als ultrarechte *Warlords* – wie beispielsweise Branimir Glavaš, der „heldenhafte Verteidiger von Osijek“ – einen zweifelhaften Namen machten. Heute ist Glavaš der *Župan* (Gespan – Gouverneur) der Region Osijek-Baranja.

¹⁵ Vgl. „Evropska zajednica ne shvata Jugoslaviju.“ Interview mit Branko Horvat, in: *Vreme* vom 4. November 1991, 32; Laslo Šekelj, „Real Existing Selfmanagement“ and the Disintegration of Yugoslavia, in: *Südeuropa* 41 (1992), H. 5, 326–339, hier 336 f.

Die Stärke der HDZ ist zweifellos auch in der fehlenden historischen Aufarbeitung der kroatischen Geschichte im Zweiten Weltkrieg und kurz danach (insbesondere der Existenz des faschistischen Ustaša-Staates und der unter dem Slogan „Bleiburg“ überlieferten Massenerschießung von Soldaten dieses Staates durch die Partisanen 1945) zu suchen. Wie sonst wäre es zu erklären, daß Franjo Tuđman in seinem Wahlkampf nicht davor zurückschreckte zu betonen, wie froh er sei, daß seine Frau weder Serbin noch Jüdin sei.¹⁶ Nun, in einem kritischen Moment des jugoslawischen Bundesstaates und angesichts des serbischen Nationalismus, konnten die Voraussetzungen für einen historischen Nachholprozeß geschaffen werden, der die seit dem Kroatischen Frühling verloren geglaubte historische nationale Identität auf dem politischen Schlachtfeld zurückgewinnen wollte.¹⁷

In dieser Situation hatte die finanzkräftigere HDZ gegenüber einer zweiten, lockeren Koalition aus ehemaligen Exponenten des Kroatischen Frühlings, der *Koalition der nationalen Verständigung* unter der Führung der ehemaligen Vorsitzenden des *Bundes der Kommunisten Kroatiens* (bis 1971), Savka Dabčević-Kučar, die nach dem Kroatischen Frühling aus der Partei ausgeschlossen worden war, die bessere Ausgangsposition. Begünstigt wurde der Wahlsieg der HDZ durch das Mehrheitswahlrecht, das die Kommunisten eingeführt hatten, da sie hofften, die relative Mehrheit der Stimmen zu bekommen und sich dadurch an der Macht halten zu können. Die HDZ erreichte 42 Prozent der abgegebenen Stimmen, das waren nach dem geltenden Mehrheitswahlrecht fast zwei Drittel aller Parlamentssitze. Auf der ersten Sitzung des ersten Mehrparteienparlaments wurde Franjo Tuđman zum Präsidenten der Republik gewählt.¹⁸

Die Kommunisten (heute *Sozialdemokratische Partei Kroatiens* – SDPH) erreichten nur 17 Prozent der Wählerstimmen, wobei sie in den mehrheitlich serbisch besiedelten Wahlbezirken am erfolgreichsten waren. Die serbischen Parteimitglieder verließen jedoch nach der Niederlage sehr bald die Partei und

16 Vgl. Branko Horvat: Jugoslawien – eine hausgemachte Krise, in: Ost-West-Gegeninformationen 3 (1991), H. 3/4, 9–18, hier 11.

17 Vgl. Danko Plevnik, Tuđman, in: Danas vom 14. Mai 1991, 7; Popov, Srpski Populizam, wie Anm. 6, 14 schreibt: „Die [nach 1945] herrschende Ideologie verhinderte eine kritische Erforschung der Geschichte. Das Urteil über unterlegene Ideen und Akteure wurde darauf reduziert, daß sie Verräter seien, worüber jede Erörterung überflüssig sei.“

18 Vgl. Kuzmanić, Slowenien und Kroatien, wie Anm. 13; Ivan Grdešić u. a., Hrvatska u izborima '90, Zagreb 1991.

schlossen sich der von Serbien aus unterstützten nationalistischen *Serbischen Demokratischen Partei* (SDS) an, die sich in der Folge in den mehrheitlich serbisch besiedelten Gebieten an der ehemaligen Militärgrenze („Krajina“) eine solide Machtbasis ausbaute.¹⁹

Die ebenfalls geschlagene *Koalition der nationalen Verständigung* zerfiel bald nach den Wahlen. Ihre Abgeordneten, die zudem verschiedenen Kleinparteien (*Kroatische Sozialliberale Partei* [HSLŠ] unter Dražen Budiša, *Kroatische Volkspartei* [HNS] unter Savka Dabčević-Kučar und die *Sozialdemokratische Partei Kroatiens* [SDH] unter Antun Vujić) angehörten, bildeten von Anfang an mehrere Parlamentsklubs. Diese Parteien bilden heute im wesentlichen die gemäßigt national orientierte Opposition im kroatischen Parteienspektrum.

Die siegreiche HDZ führte auf der Ebene des Bundesstaates – wie die neue slowenische Führung – eine kompromißlose Politik gegenüber den unitaristischen Tendenzen des serbisch-montenegrinischen Blocks. In Kroatien selbst wurde die Machtübernahme durch die HDZ, die zunehmend autoritär-populistische Formen annahm, als die Verwirklichung eines „neunhundertjährigen kroatischen Nationalprogramms“ gefeiert.

Die Serben, bisher in einer privilegierten Rolle, wurden in vielen Belangen sehr bald als Bürger zweiter Klasse behandelt. Dies war der Anlaß für den bewaffneten Aufstand (wegen der Straßenblockaden auch „Revolution der Baumstämme“ genannt) der in der Krajina lebenden serbischen Bevölkerung unter Führung der SDS. Die Konflikte mündeten nach einer schrittweisen Steigerung der Auseinandersetzung im Sommer 1991 – nach der Ausrufung der Unabhängigkeit Kroatiens – in einen regelrechten Eroberungskrieg der Serben, der mit Unterstützung der Jugoslawischen Volksarmee gegen Kroatien geführt wurde.

So entstand eine Polarisierungsdynamik, die es der HDZ erleichterte, nicht nur Angehörige der serbischen Minderheit, sondern auch politisch Andersdenkende unter Druck zu setzen. Statt daß es zum Aufbau einer zivilen Gesellschaft kam, entstand ein neues Einparteienmonopol, in dem Exponenten der regierenden Partei wichtige Positionen in den bald gleichgeschalteten Medien, in der Justiz, in der während der ersten Kriegsmonate aufgebauten Kroatischen Armee und in der nur de jure privatisierten Wirtschaft einnahmen. Dem Auftreten der rechtsextremen *Kroatischen Partei der Rechte* (HSP) unter der Führung des

¹⁹ Vgl. Zakošek, Chancen nichtnationalistischer Politik, wie Anm. 11, 179 f.

ehemaligen Dissidenten Dobroslav Paraga, die auch eine eigene paramilitärische Gruppe unterhielt, entsprach die Stärkung des rechten Flügels innerhalb der Regierungspartei, der vor allem aus hercegovinischen Kroaten besteht.

Die im kroatischen Parlament vertretene Opposition wurde im August 1991, als der Krieg eskalierte, in eine Konzentrationsregierung eingebunden, die tatsächliche exekutive Macht lag aber beim Republikspräsidenten Tudjman und bei dem von ihm als Beratungskörper geschaffenen *Staatsrat*. Nach der Einstellung der Kampfhandlungen und der Entsendung von Blauhelmen (*United Nations Protection Force* – UNPROFOR) in die von Serben eroberten Gebiete Kroatiens zerfiel die Allparteienregierung sehr rasch.

Bei den am 2. August 1992 abgehaltenen Neuwahlen des Parlaments, die teils nach Verhältniswahlrecht und teils nach britischem Mehrheitswahlrecht („first past the post“) vollzogen wurden, erreichte die HDZ mit 43,4 Prozent der Stimmen 60 Prozent der Parlamentssitze. Die Opposition verspielte die theoretische Chance der Machtübernahme, da sich die verschiedenen Parteien nicht einigen konnten, in den Wahlkreisen, in denen nur ein Abgeordneter gewählt wurde, einen einzigen Vertreter der Opposition zu nominieren. Die Regierungspartei hatte gerade mit dieser Uneinigkeit der Opposition spekuliert, als sie dieses Wahlsystem ersann: So gab es Wahlkreise, in denen der von der HDZ gestellte Kandidat nur knapp über 20 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigte und der zweitplazierte Kandidat einer Oppositionspartei nur wenige Prozent hinter ihm lag. Da ein zweiter Wahlgang mit Stichwahlen nicht vorgesehen war, zog der Kandidat der Regierungspartei in das Parlament ein.²⁰

Erst bei den Regionalwahlen im Februar 1993, bei denen auch eine weniger bedeutende zweite Kammer des kroatischen Parlaments gewählt wurde, ging die Opposition zu Wahlbündnissen über und konnte in den Regionalparlamenten bessere Erfolge erzielen. In der Region Istrien erreichte sogar die Anfang 1991 gegründete übernationale Regionalpartei *Istrische Demokratische Versammlung* (IDS) die überwältigende Mehrheit und stellt seitdem die Regionalregierung.²¹

20 Dazu ausführlich mein Aufsatz *Political Parties in Croatia*, in: *Labour Focus on Eastern Europe* 43 (1992), 41–45; Jelena Lovrić, *Croatia: Edging towards a One-Party-State?*, in: *Balkan War-Report* 16 (November/Dezember 1992), 3 f.

21 Dazu ausführlich Nenad Zakošek, *Regional Opposition Makes a Stand*, in: *Balkan War-Report* 18 (Februar/März 1993), 4 f.

Zur Zeit kontrolliert die HDZ alle strategischen Punkte der Macht – die Gleichschaltung der Medien ist mit der Umpolung der letzten kritischen Tageszeitung *Slobodna Dalmacija* (Freies Dalmatien) abgeschlossen. Die wichtigen politischen Streitpunkte werden nicht so sehr zwischen der Regierung und der marginalisierten Opposition ausgehandelt, sondern innerhalb der einzelnen Fraktionen der Regierungspartei. Am rechten Rand gibt es außerhalb der HDZ keine nennenswerte Kraft mehr: Seit September 1992 gelang es der hercegovinischen Fraktion, das Ansehen und den Parteiapparat von Dobroslav Paraga schrittweise zu zerstören. Dieser Coup wurde durch Intrigen und Gerichtsprozesse – gegen Paraga wurde Anklage wegen „bewaffnetem Umsturz“ und „Terrorismus“ erhoben – inszeniert.²² Ähnlich wurde im Frühherbst 1993 auch mit der kleinen Regionalpartei *Dalmatinische Aktion* verfahren.²³ Dies war wohl auch als Warnung für die *Istrische Demokratische Versammlung* und deren selbständigen Kurs gedacht.

Die nationale Begeisterung von 1990/91 ist jedoch längst verflogen. Innerhalb der Opposition hätten zwei Parteien, die *Kroatische Sozialliberale Partei* und die sich auf ihre Vorgängerin im ersten Jugoslawien berufende *Kroatische Bauernpartei*, unter der Voraussetzung friedlicher Verhältnisse Chancen, eine weniger nationalistisch ausgeprägte kroatische Alternative herauszubilden. Aber die Fortführung des Krieges, der sich durch die ungeklärte Zukunft der serbisch besetzten Gebiete Kroatiens und die Aufteilung Bosnien-Herzegovinas²⁴ nährt, wird das herrschende System der Macht prolongieren, während die Lösung der dringenden sozialen und ökonomischen Fragen, wie auch die Forderung nach einem Rechtsstaat und der Aufbau einer zivilen Gesellschaft zugunsten einer erneuten Stärkung des Populismus aufgeschoben werden.

22 Vgl. Slučaj Paraga. Disident ili Agent, in: Danas vom 4. Juni 1993, 5–7; Hrvatska iz kifle u prezlu. Interview mit Dobroslav Paraga, in: Oslobođenje. Nezavisno evropsko izdanje vom 11.–17. Juni 1993, 12 f.

23 Vgl. Danas vom 12.10.1993, 16 f.

24 Der Schwenk der Bosnien-Politik Kroatiens vom offiziellen Topos eines „natürlichen Bündnisses“ der beiden Staaten hin zur Aufteilung Bosnien-Herzegovinas ist übrigens auch dem wachsenden Einfluß der „hercegovinischen“ Fraktion in der HDZ zuzuschreiben.

Serbien und Montenegro

Die Auflösung des *Bundes der Kommunisten Jugoslawiens* stellte eine erste Niederlage des unitaristischen Kurses von Slobodan Milošević dar. Da in allen übrigen Republiken die Republiksparteien Mehrparteienwahlen vorbereiteten und die „Wende“ in den übrigen ehemals sozialistischen Ländern bereits fortgeschritten war, konnten auch die serbischen Kommunisten nicht länger am Einparteiensystem festhalten. Um sich gegen die noch im Embryonalstadium befindlichen künftigen Oppositionsparteien Serbiens einen Vorsprung zu sichern, vereinigte sich der *Bund der Kommunisten Serbiens* am 7. Juni 1990 mit der offiziellen Massenorganisation *Sozialistischer Bund der Werktätigen Serbiens* zur *Sozialistischen Partei Serbiens* (SPS). Mit dem dadurch gestärkten Parteiapparat – die Massenorganisation war im alten System für die Organisation der Delegiertenwahlen auf allen Ebenen verantwortlich – und unterstützt durch einen Großeinsatz der Medien wurde Anfang Juli 1990 eine Volksabstimmung abgehalten, in der 98,8 Prozent der Votierenden dafür stimmten, daß vor der Abhaltung allgemeiner Parlamentswahlen noch vom alten Republikparlament eine neue serbische Verfassung verabschiedet werden sollte. So wurde verhindert, daß die Oppositionsparteien an der Erarbeitung des neuen, auf den Apparat der SPS zugeschnittenen Verfassungsentwurfs mitarbeiten konnten.²⁵

Die derart marginalisierte Opposition, zusätzlich noch geschwächt durch das Mehrheitswahlrecht, erreichte bei den Wahlen im Dezember 1990 nur rund ein Fünftel der Mandate. Das Hauptproblem der beiden stärksten Oppositionsparteien, der *Serbischen Erneuerungsbewegung* (SPO) des Schriftstellers Vuk Drašković und der *Demokratischen Partei*, die von Universitätsprofessoren initiiert wurde, lag nicht nur in der organisatorischen Schwäche, sondern auch in ihrer nationalistischen Programmatik. Der marginale Populismus eines Vuk Drašković wird dem dominanten Populismus Miloševićs immer unterlegen sein, solange er nichts anderes anbieten kann als dieser: den serbischen Nationalismus.²⁶

Den sich am 9. März 1990 in Straßendemonstrationen gegen die staatliche Kontrolle der Medien artikulierenden Widerstand der Opposition konnte

25 Vgl. Sonja Liht, Parteienfrühling in Serbien, in: Ost-West-Gegeninformationen 2 (1990), Nr. 4–5, 22–24.

26 Vgl. Zakošek, Chancen nichtnationalistischer Politik, wie Anm. 11, 184.

das Regime nur mit dem Einsatz von Panzern und durch eine Verhaftungswelle niederhalten. Das erstmalige Sinken seines Ansehens konnte Milošević durch die zuerst indirekte und dann offene Unterstützung des Krieges gegen Kroatien wieder wettmachen, außerdem vermochte er durch die schrittweise Umwandlung der in einer Krise befindlichen Jugoslawischen Volksarmee in ein großserbisches Heer seine Machtbasis entscheidend zu erweitern.

Die Verwirklichung der großserbischen Aspirationen erschien insbesondere nach der raschen militärischen Eroberung eines Großteils des Territoriums Bosnien-Herzegowinas näher als je zuvor. Milošević, der de jure nur der Präsident der Republik Serbien war, hinter den Kulissen jedoch die Fäden zog, war nun der unumstrittene inoffizielle Führer (*vožd*) aller Serben im Gebiet des ehemaligen Jugoslawien.

Ein wenige Wochen nach dem Ausbruch des Krieges in Bosnien-Herzegowina angekündigtes Ultimatum der USA mit Drohung von Wirtschaftssanktionen, die dann im Mai 1992 von der UNO tatsächlich gegen Serbien und Montenegro verhängt wurden, stürzte das Regime Miloševićs erneut in eine Krise. Doch wieder zeigte der serbische Präsident seine taktische Flexibilität: Bereits am 27. April ließ er die „Bundesrepublik Jugoslawien“ aus der Taufe heben. Das neue Mini-Jugoslawien umfaßte nur mehr Serbien und Montenegro, wo seit den ersten Mehrparteienwahlen im Dezember 1990 ebenfalls die Milošević ergebene Nachfolgepartei des dortigen *Bundes der Kommunisten*, die *Demokratische Partei der Sozialisten* (DPS), regierte. Der serbische Oppositionspolitiker Zoran Djindjic von der *Demokratischen Partei* kommentierte die Gründung des serbisch-montenegrinischen Staates lakonisch: „Binnen zehn Tagen haben wir eine Verfassung bekommen. Das ist Weltrekord!“²⁷ Das Parlament des „neuen Jugoslawien“ wurde Ende Mai 1992 unter Boykott der Opposition gewählt. Als nennenswerte Oppositionskraft kandidierte nur die während des Krieges gegen Kroatien im Herbst 1991 durch ihre plündernden und vergewaltigenden Freischärler, *Četnici*, bekannt gewordene *Serbische Radikale Partei* (SRS) des ehemaligen Dissidenten Vojislav Šešelj. Diese rechtsradikale Kraft hatte Vuk Drašković im Herbst 1991 im Wettlauf um den besten antikommunistischen Populismus längst überflügelt und avancierte nun in einer nur auf den ersten Blick paradoxen Allianz zum Juniorpartner der *Sozialistischen Partei Serbiens*.

27 Zit. n. Vreme vom 27. April 1992, 9.

Die von Milošević dirigierte Machtkonstellation blieb jedoch trotz der in den Medien verbreiteten Rede von einer „Weltverschwörung gegen Serbien“ weiterhin angeschlagen: Ende Mai hatten die albanischen Wählerinnen und Wähler im Kosovo ein Untergrundparlament gewählt, das den Schriftsteller Ibrahim Rugova zum Präsidenten der „Republik Kosovo“ proklamierte.²⁸ Unterdessen gelang es Drašković, mit anderen Oppositionspolitikern das überparteiliche Bündnis DEPOS zu gründen. Unter dem Eindruck der Sanktionen forderte DEPOS gemeinsam mit der serbischen Friedensbewegung und protestierenden Studenten mehrere Wochen lang den Rücktritt von Milošević. In dieser Situation distanzierte sich auch die serbisch-orthodoxe Kirche erstmals von der Politik Miloševićs.

Um verlorenes Terrain zurückzugewinnen, nominierte das Regime den serbisch-US-amerikanischen Geschäftsmann Milan Panić zum Ministerpräsidenten der „Bundesrepublik Jugoslawien“. Diesem gelang es jedoch bald, sich von der ihm zugewiesenen Rolle einer nur technokratisch auftretenden Marionette zu distanzieren und sich eine Machtbasis in DEPOS, bei den auf Grund der Sanktionen zunehmend unbotmäßigen montenegrinischen Sozialisten und bei dem vom „jugoslawischen“ Parlament gewählten Präsidenten der Föderation, dem Schriftsteller und einstigen Vordenker des serbischen Nationalismus, Dobrica Ćosić, aufzubauen. Im Frühherbst 1992 herrschte vorübergehend ein innenpolitisches Gleichgewicht zwischen der heterogenen, nur durch die Person Panić zusammengehaltenen Allianz und der aus der SPS und der *Serbischen Radikalen Partei* bestehenden informellen Koalition.²⁹

Bei den von der Opposition geforderten und im Dezember 1992 abgehaltenen Neuwahlen des Parlaments der „Bundesrepublik Jugoslawien“ sowie der Teilrepublik Serbien und Montenegro erlitt die von Panić vertretene Richtung eine Niederlage. Anfang 1993 wurde Panić als Ministerpräsident abgelöst. Der erneute Sieg der von Milošević vertretenen Strömung ist nicht so sehr ihrer Stärke zu verdanken, sondern der organisatorischen und programmatischen

28 Zur politischen Situation im Kosovo vgl. Christine von Kohl u. Wolfgang Libal, Kosovo: Gordischer Knoten des Balkan, Wien u. Zürich 1992.

29 Vgl. Stojan Cerović u. Milan Milošević, Serbia: No Confidence in Panić or Serbia, in: Balkan War-Report 14 (September 1992), 11; Milica Kuburović, Serbia: Milošević Takes on the Dream Team, in: Balkan War-Report 15 (Oktober 1992), 10.

Schwäche der Opposition.³⁰ Panić hatte es nicht geschafft, die ihn tragenden Kräfte zu einem Bündnis umzuformen. So trat er Milošević im parallel dazu stattfindenden Zweikampf um das Amt des Präsidenten der Republik Serbien auf dem Feld des Populismus entgegen, ohne über eine vergleichbare organisatorische Basis zu verfügen. Milošević gewann die Wahlen mittels des von ihm kontrollierten staatlichen Fernsehens. Die Panić unterstützende Oppositions-*presse* (die Tageszeitung *Borba* und die Wochenzeitung *Vreme*) blieb auf die urbanen Zentren Serbiens beschränkt. Die arme ländliche Bevölkerung Südserbiens wählte, sofern sie ihre Stimme abgab, überwiegend Milošević.³¹ Eine zusätzliche Schwierigkeit, die Panić nicht meistern konnte, war die uneinheitliche Meinung des von ihm vertretenen Bündnisses zum serbischen Eroberungskrieg in Bosnien.

Die von Milošević vertretene Strömung (SPS und SRS) ging, wenn sie auch Mandate verlor, wiederum siegreich aus den Wahlen hervor – der Kern des populistischen Systems blieb unangetastet, während die durch Panić zusammengehaltene Allianz zerfiel. Schließlich konnte Milošević im Juni 1993 die Ablösung des unbotmäßigen Präsidenten Dobrica Ćosić erreichen. Milošević stand auch hinter der erneuten kurzzeitigen Verhaftung von Vuk Drašković.³²

Im zweiten Halbjahr 1993 gelang es Milošević erneut, sein diplomatisches Geschick unter Beweis zu stellen: Er präsentierte sich bei den von UNO und EG in Genf arrangierten Verhandlungen über Bosnien als ein Förderer des Friedens und diffamierte innenpolitisch die SRS von Šešelj als Sündenbock für die von serbischer Seite begangenen Kriegsverbrechen. Mit diesem Schwenk, den er mit der Ankündigung von Neuwahlen für das serbische Parlament verband, konnte er ein drohendes Mißtrauensvotum der SRS und der restlichen Opposition gerade noch abwenden. Im Wahlkampf führte Milošević Arbeitslosigkeit, Hyperinflation und die um sich greifende Verarmung breiter Schichten auf die Sanktionen zurück, zugleich gab er ein Versprechen auf baldigen Frieden. Bei den Wahlen am 18. Dezember verfehlte seine SPS die absolute Mehrheit an Mandaten nur knapp. Doch im neuen Parlament will vorerst keine ein-

30 Diese Schwäche besteht auch weiterhin – vgl. Alexandar Vasović, *Waiting for a Sound Opposition*, in: *Balkan War-Report 20* (Juni/Juli 1993), 5 f.

31 Vgl. Nadezda Gaće, *Vlast po glavi stanovnika*, in: *Nedeljna Borba*, Supplement von *Borba* vom 6/7. März 1993, VII.

32 Dazu ausführlich Miloš Vasić, *Serbia: Critical Masses, Critical Injuries*, in: *Balkan War-Report 20* (Juni/Juli 1993), 3 f.

zige Oppositionspartei Juniorpartner in einer von den „Sozialisten“ geführten Regierung sein. In dieser Pattsituation könnte es entweder zu einer Konzentrationsregierung oder wiederum zu Neuwahlen kommen. Die persönliche Macht des direkt vom Volk gewählten Slobodan Milošević ist jedoch nicht bedroht.

Die Wende in Makedonien

Der *Bund der Kommunisten Makedoniens* hatte bis zum 14. Kongreß der Gesamtpartei versucht, einen gegenüber der serbischen Parteiführung konzilianteren Kurs zu vertreten. Erst danach ging die makedonische Führung auf vorsichtige Distanz und versuchte durch die Gewährung von Mehrparteienwahlen im Dezember 1990 ihre Politik einem Vertrauensvotum zu unterziehen. Daß die Bevölkerung diesen Überlegungen teilweise folgte, zeigt das Wahlergebnis: Zwar erreichte die eben gegründete *Innere Makedonische Revolutionäre Organisation - Demokratische Partei für die Makedonische Nationale Einheit* (VMRO-DPMNE) die meisten Mandate. Doch diese vielfach als „probulgarisch“ etikettierte populistische Bewegung ist bezeichnend für die noch orientierungslose junge Nation³³: Die VMRO forderte in der ersten Zeit ihres Bestehens einen „großmakedonischen Staat“, der Teile von Nordgriechenland, wo eine unterdrückte südslawisch sprechende Minderheit lebt, und Westbulgarien, das sogenannte „Pirin-Makedonien“, dessen Bevölkerung ebenfalls einen dem Makedonischen ähnlichen Dialekt spricht, umfassen sollte. Dessenungeachtet wurde Bulgarien als Schutzmacht der entstehenden unabhängigen „Republik Makedonien“ beschworen.³⁴ Auch Kontakte mit Nationalisten aus Serbien – man fand sich in der gemeinsamen Ablehnung der Autonomiebestrebungen der Albaner im Kosovo und in Makedonien – wurden gepflegt.³⁵

Zusammen errangen jedoch die linken Kräfte die relative Mehrheit der Mandate. Die wichtigsten Parteien unter ihnen waren der *Bund der Kommu-*

33 Vgl. Stefan Troebst, Makedonische Antworten auf die „makedonische Frage“ 1944–1992: Nationalismus, Republikgründung, nation-building, in: Südosteuropa 41 (1992), H. 7/8, 423–442.

34 Vgl. Sabine Riedel, Bulgariens Balkanpolitik im Spiegel seiner politischen und wirtschaftlichen Transformation, in: Südosteuropa 41 (1992), H. 11/12, 685–716, hier 700–702.

35 Vgl. meinen Artikel „Makedonien – die vergessene Republik“, in: Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung vom 1. Jänner 1993, 8.

nisten – Partei der demokratischen Umgestaltung (heute Sozialdemokratischer Bund von Makedonien) und die von Ante Marković initiierten Reformkräfte von Makedonien (heute mit dem Zusatz: Liberale Partei). Zum Staatspräsidenten wurde der 75jährige Kiro Gligorov, in den siebziger Jahren Mitglied des ZK der jugoslawischen Kommunisten, gewählt.

Bis zum letzten Moment versuchte die makedonische Führung, den jugoslawischen Staat als Konföderation zu erhalten, da sie im Falle der eigenen Unabhängigkeit Ansprüche seitens Serbiens, Albaniens, Bulgariens und Griechenlands fürchtete, da diese Nachbarländer – implizit oder explizit – die Existenz einer makedonischen Nation bestritten. Diese Befürchtungen waren, wie die von Griechenland über ein Jahr verzögerte Anerkennung Makedoniens zeigt, nicht unbegründet und bestehen weiterhin.³⁶

Aufgrund der Fortführung der noch in der vordemokratischen Periode parallel mit der serbischen Kosovo-Politik begonnenen Ausgrenzung der albanischen Volksgruppe kam es bald nach den Wahlen zu einer innenpolitischen Polarisierung. Nachdem die Albaner die Volkszählung von 1991 boykottiert hatten, riefen einige Extremisten am 7. April 1992 vorübergehend die „Albanische Autonome Republik Illyria“ aus. Durch Vermittlung der UNO und angesichts des drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs nach dem Verlust des jugoslawischen Agrarmarktes und einer Ölblockade seitens Griechenlands beteiligte sich schließlich die stärkste albanische Gruppierung, die *Partei des Demokratischen Wohlstandes* (PDP), an der Regierung. Die Krisensituation ist aber noch nicht bewältigt: Zusammenstöße albanischer Aktivisten mit der Polizei, die Verhaftung hochrangiger Mitglieder der PDP wegen Waffenschmuggels, Streikbewegungen und Blockaden unzufriedener Bauern, der schleppende Gang der Privatisierung, wie auch der unter griechischem Druck fortgesetzte internationale Konflikt um den Namen Makedonien³⁷ könnten populistische Kräfte sowohl auf makedonischer (VMRO) wie auch auf albanischer Seite stärken. An-

36 Vgl. das vom Institute of International Political and Strategic Studies in Athen publizierte Weißbuch: *The Macedonian Affair. A Historical Review of the Attempts to Create a Counterfeit Nation*, Athen [o. J.].

37 Vgl. Pantelis Giakoumis, *Hellas und die makedonische Frage*, in: *Südosteuropa* 41 (1992), H. 7/8, 443–460, hier 455 f.

fang Sommer 1993 wurde überdies eine neue populistische Bewegung unter dem Namen *Demokratische Partei* aus der Taufe gehoben.³⁸

Die Wende in Bosnien-Herzegovina

Die Ankündigung von Mehrparteienwahlen in Bosnien-Herzegovina für November 1990 durch den *Bund der Kommunisten Bosnien-Herzegovinas* verhallte bei den populistischen Führungen der Nachbarrepubliken Serbien und Kroatien nicht ungehört. Nach der Volkszählung von 1991 waren 43,7 Prozent der Bevölkerung Muslime (Muslim ist hier eine ethnisch-kulturelle und nicht nur eine religiöse Kategorie)³⁹, 31,3 Prozent Serben und 17,3 Prozent Kroaten. Die erste bedeutende Partei, die gegründet wurde, war die muslimisch-nationale *Partei der Demokratischen Aktion* (SDA) mit dem ehemaligen Dissidenten und dem gläubigen Moslem Alija Izetbegović als Vorsitzenden. Danach entstand die eng an Kroatien angelehnte *Kroatische Demokratische Gemeinschaft* (HDZ) unter dem Vorsitz des Journalisten Stjepan Klujic. Die nationalistischen Vertreter der serbischen Volksgruppe überlegten, ob sie nach dem Muster der in Serbien regierenden Partei eine „Sozialistische Partei der Serben“ gründen sollten, die dann mit den zu Beginn des Wahlkampfes noch gut im Rennen liegenden Exkommunisten konkurrieren sollte, entschieden sich dann aber doch für den Namen *Serbische Demokratische Partei*, deren Vorsitzender der Psychiater Radovan Karadžić wurde.⁴⁰

Im Wahlkampf verdrängte der Populismus der drei nationalen Parteien recht bald die übernational auftretenden Parteien, einerseits die in titoistischer Tradition stehenden Exkommunisten (*Bund der Kommunisten - Partei der demokratischen Veränderung*, nunmehr *Sozialdemokratische Partei - SDP*) und den von Ante Marković inspirierten *Bund der Reformkräfte Jugoslawiens*. Im zweiten Wahlgang, als der Sieg der nationalen Parteien bereits abzusehen war, verständigten sich diese untereinander, ihre Anhänger in den betreffenden Wahlkreisen zur Stimmabgabe für die jeweils günstigst plazierte nationale

38 Vgl. Dušan Jokšić, Gošev vodi demokrate, in: *Oslobodjenje*. Nezavisno evropsko izdanje, 9.-16. Juli 1993, 19.

39 Zur Genese dieser Volksbezeichnung vgl. Jens Reuter, Die politische Entwicklung in Bosnien-Herzegovina, in: *Südosteuropa* 41 (1992), H. 11/12, 665-684, hier 669 f.

40 Information von Nevenko Bučan und Emir Kuljuh, Graz.

Partei aufzurufen, um die übernationalen Parteien zu marginalisieren⁴¹: Von insgesamt 240 Mandaten im Parlament erreichten die Exkommunisten nur 14, die Reformisten 12 Sitze. 86 Prozent der Sitze teilten sich die drei Nationalparteien – fast dem jeweiligen Anteil der drei großen Bevölkerungsgruppen entsprechend. Das Präsidium der Republik als oberstes Exekutivorgan wurde in direkter Wahl nach einem vorher festgelegten ethnischen Proporz gewählt: zwei Muslime, zwei Serben, zwei Kroaten und ein Jugoslawe. Nur Vertreter der drei nationalen Parteien wurden gewählt. In der Folge teilten die drei nationalen Parteien auch die wichtigsten Ämter untereinander auf: Alija Izetbegović (SDA) wurde Vorsitzender des Präsidiums, Jure Pelivan (HDZ) Ministerpräsident und Momčilo Krajišnik (SDS) Parlamentspräsident.⁴²

Diese ad-hoc-Koalition „dreier nationaler Souveränitäten“⁴³ ging gut, solange es nicht zum Krieg und zur Sezession von Slowenien und Kroatien kam. Nunmehr wollten SDA und HDZ nicht mehr in einem serbisch dominierten Restjugoslawien bleiben und unternahmen Schritte, um die Unabhängigkeit Bosniens zu erlangen. Die SDS forderte gemäß dem großserbischen Programm den Verbleib Bosniens im jugoslawischen Staatsverband und ging schon im Herbst 1991 dazu über, in einzelnen Landesteilen gewaltsam „Serbische Autonome Regionen“ einzurichten. Der eskalierende Konflikt führte – nach einem Referendum über die Unabhängigkeit Bosniens, das die Anhänger der SDS boykottierten – zur internationalen Anerkennung Bosniens am 7. April 1992. Die Vertreter der SDS erklärten ihren Austritt aus dem Präsidium und proklamierten die von langer Hand geplante „Serbische Republik“ in den von ihnen bereits militärisch gehaltenen Teilen Bosniens. Beginn und Verlauf des Krieges, Entstehung der verschiedenen militärischen Formationen, die massiven Menschen-

41 Vgl. Javorka Finci-Pocrnja, Die nationalen Interessen oder die Interessen der Nationalparteien?, unveröff. Manuskript zur Tagung „Dissonanzen in Europa. Der neue Nationalismus und seine Folgen“, Graz, 15.–19. Mai 1993.

42 Der einstige Funktionär der bosnischen Reformisten, Džemal Sokolović, klagt in seinem Aufsatz *Dvanaest ur demokracije. Ljudstvo in država – primer Bosne in Hercegovine*, in: *Teorija in praksa* 30 (1993), H. 1/2, 120–129, hier 124 f. die Wähler an, daß sie durch ihre Stimmabgabe für die nationalen Parteien sich selbst als bosnisches „Demos“ abgeschafft hätten. Von da an seien sie nur mehr Angehörige dreier Ethnien (Muslime, Serben, Kroaten) gewesen und hätten sich damit auf ein niedrigeres „vorpölitisches Niveau“ zurückbegeben. Bosnien als ziviler Staat sei also schon vor dem Krieg mit der Wahl der nationalen Parteien annulliert worden.

43 Vgl. Sokolović, *Dvanaest ur demokracije*, wie Anm. 42, 126.

rechtsverletzungen, die „ethnischen Säuberungen“ und Massenvergewaltigungen, das Scheitern der brüchigen Allianz zwischen SDA und HDZ – letztere hatte sich auf den Krieg vorbereitet und schuf kurz nach Ausbruch des Krieges in der West-Herzegovina das staatsähnliche Gebilde „Kroatische Gemeinschaft Herceg-Bosna“ (nunmehr: „Kroatische Republik Herceg-Bosna“) – können hier nicht behandelt werden.

In den serbisch und kroatisch besetzten Teilen von Bosnien haben die politischen Strukturen nur den Anschein von Demokratie: Das „Parlament“ der „serbischen Republik“ besteht nur aus den abtrünnigen SDS-Abgeordneten. Außerparlamentarisch sind nur Kämpfer der *Serbisch Radikalen Partei* von Vojislav Šešelj vertreten. Im serbisch besetzten Banja Luka wird die serbische „liberale Partei“ gerade noch geduldet.⁴⁴ Auch in der von bosnischen Kroaten kontrollierten „Republik Herceg-Bosna“ sind die parastaatlichen Strukturen mit den Parteistrukturen der HDZ, oder besser gesagt mit ihrem militärischen Arm, dem *Kroatischen Verteidigungsrat* (HVO), ident. Die Fäden werden hier von Mate Boban gezogen, der großen Einfluß bei der „herzegovinischen Fraktion“ der HDZ im benachbarten Kroatien hat. Die Militär- und Parteistrukturen der in Herceg-Bosna agierenden *Kroatischen Partei der Rechte* wurden vom HVO seit dem Sommer 1992 ausgeschaltet.

Im Restgebiet von Bosnien, das eigentlich nur mehr aus Zentralbosnien und einigen davon getrennten Enklaven besteht, sind die staatlichen Strukturen brüchig geworden. Sarajevo etwa als Sitz der Regierung ist durch die serbische Belagerung von Zentralbosnien abgeschnitten. Das Staatspräsidium wurde mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet, da das Rumpfparlament nur selten zusammentreten kann. An die Stelle der beiden abtrünnigen SDS-Vertreter wurden zwei Serben aus den Reihen der Exkommunisten und der Reformkräfte ins Präsidium nominiert. Anfang August 1993 verließen auch die kroatischen Vertreter wegen der „muslimischen Aggression“ gegen Kroaten das Staatspräsidium. An ihre Stelle traten zwei Kroaten, die sich für ein integrales Bosnien-Herzegovina einsetzen. Im September 1993 kam es auch innerhalb der muslimischen Volksgruppe zu bewaffneten Auseinandersetzungen, als sich die Enklave um Bihac, die unter dem Einfluß des Präsidiumsmitgliedes

44 Vgl. Tajni otpor banjalučkih Srba, in: Oslobodjenje. Nezavisno evropsko izdanje vom 9.-16. Juli 1993, 8; Svjetlana Lošić, S druge strane vremena, in: Oslobodjenje. Nezavisno evropsko izdanje vom 22.-29. Juli 1993, 8.

Fikret Abdić stand, für autonom erklärte. An die Stelle des abtrünnigen Abdić wurde Nijaz Duraković, der Vorsitzende der bosnischen Sozialdemokraten, der früheren Kommunisten, für das Staatspräsidium nominiert.

Wenn nun im bosnischen Staatspräsidium neben drei Muslimen auch zwei Kroaten und zwei Serben sitzen – insgesamt Vertreter von fünf Parteien⁴⁵ –, so liegt die tatsächliche Macht doch bei der Regierung des bisherigen Außenministers Haris Silajdžić, die von der muslimischen Nationalpartei SDA beherrscht ist. Ein weiteres Indiz dafür, daß sich auch die Führung der muslimischen Nationalpartei vom Konzept eines multiethnischen Bosniens verabschiedet hat und den Aufbau eines muslimischen Nationalstaates vorantreibt, ist die Umbenennung der Muslime in „Bosniaken“ auf der „allbosniakischen Versammlung“ in Sarajevo am 28. September 1993. Damit wird nachträglich eine „bosnische Nation“ kreiert und den Kroaten und Serben implizit abgesprochen Bosnier zu sein.⁴⁶

Auf dem Territorium Bosnien-Herzegovinas gibt es also kaum eine politische Institution, die als demokratisch legitimiert zu bezeichnen wäre. Neuwahlen und die Wiedererrichtung eines Mehrparteiensystems sind angesichts der vor sich gehenden blutigen Zerstückelung Bosniens und der Vernichtung seiner jahrhundertealten multiethnischen Zivilisation⁴⁷ ohnehin nur eine drittrangige Frage.

Diese Querschnitte durch die Parteiensysteme in den einzelnen Republiken zeigen, daß – mit Ausnahme von Slowenien und mit Abstrichen auch Makedonien – allenthalben Formen des nationalistischen Populismus die Szene beherrschen. Nichtnationalistische oder gemäßigt nationalistische Kräfte sind bei den Mehrparteienwahlen überall unterlegen und sind angesichts fehlender Institutionen des Rechtsstaates und der Kontrolle der Medien durch die herrschenden

45 Die Präsidiumsmitglieder im einzelnen: Alija Izetbegović, Vorsitzender des Staatspräsidiums, Partei der Demokratischen Aktion (SDA), Muslim; Ejup Ganić (SDA), Muslim (ursprünglich Jugoslawe); Nijaz Duraković, Ex-Kommunisten (SDP-BiH), Muslim; Stjepan Ključić, Kroatische Demokratische Gemeinschaft (HDZ, probosnische Fraktion), Kroat; Ivo Komšić, Kroatische Bauernpartei Bosnien-Herzegovinas (HSS-BiH), Kroat; Tatjana Lujić, Reformisten, Serbin; Mirko Pejanović, Ex-Kommunisten (SDP-BiH), Serbe.

46 Vgl. dazu die Kritik des Präsidiumsmitglieds Stjepan Ključić in: *Oslobodjenje*. Nezavisno evropsko izdanje, 10.–17. Dezember 1993, 4 f.

47 Vgl. Tihomir Loza, *A Civilisation Destroyed*, in: *Balkan War-Report* 20 (Juni/Juli 1993), 1, 15.

Parteien marginalisiert und im Falle Serbiens und Kroatiens auch in ihrer Existenz bedroht. Dies umso mehr als sie nicht nur Pressionen seitens des zivilen Staatsapparats, sondern vor allem auf dem flachen Land auch Übergriffen paramilitärischer Organisationen ausgesetzt sind. Das gilt auch für die hier nicht behandelten Friedensgruppen und andere Nicht-Regierungsorganisationen.

Die Option eines demokratischen Jugoslawien

Vor dem Hintergrund der politischen Entwicklung in den einzelnen Republiken und des schrittweisen Zerfalls des gemeinsamen Staates wird ersichtlich, warum das Mehrparteiensystem auf bundesstaatlicher Ebene keine Chance hatte: Als 1989 die Chancen dafür noch größer waren, stand es im Widerspruch zu den hegemonistischen Bestrebungen des serbischen Blocks, der damals noch das Einparteiensystem erhalten wollte. Und danach waren Parlamentswahlen auf Bundesebene deshalb nicht im Interesse der neugewählten Führungen in den Republiken, weil diese ihre jeweiligen nationalstaatlichen Aspirationen verfolgten.⁴⁸

Als die System- und Legitimationskrise des gemeinsamen Staates offenbar wurde, hoben zwar linksorientierte Intellektuelle 1989 die *Vereinigung für eine Jugoslawische Demokratische Initiative* (UJDI) aus der Taufe, doch diese Vereinigung gelangte während ihrer kurzen Existenz über den Status eines Forums nicht hinaus. Vor den Mehrparteienwahlen in Kroatien im Frühjahr 1990 gründeten Exponenten dieser Strömung die *Sozialdemokratische Liga*. Sie erreichten jedoch nicht genügend Stimmen, um in das Parlament einzuziehen. Auch in den anderen Teilrepubliken gründeten ehemalige Mitglieder der UJDI mitgliederschwache und bei den Wahlen wenig erfolgreiche sozialdemokratische Gruppierungen, die sich meist als „Bund“ (*savez*) oder „Liga“ (*liga*) der Sozialdemokraten bezeichneten. Der Versuch, ein gemeinsames organisatorisches Dach für den gesamten jugoslawischen Raum zu schaffen, wurde durch den im Sommer 1991 ausbrechenden Krieg und nach der Sezession Sloweniens und Kroatiens aussichtslos.

48 Vgl. Jens Reuter, Jugoslawien. Zerfall des Bundesstaats, Systemwechsel und nationale Homogenisierung der Teilrepubliken, in: Mommsen, Hg., Nationalismus in Osteuropa, wie Anm. 1, 118–142, hier 131 f., 139 f.

Diesen Parteien, die sich vor allem aus Intellektuellen rekrutieren, ist gemeinsam, daß sie einen nationalistischen Zugang ablehnen, antimilitaristisch eingestellt sind und sozio-ökonomischen Fragen den Vorrang geben. Verbindungen zu den autonomen Gewerkschaften in den jeweiligen Republiken gibt es jedoch nur wenige bzw. werden sie von den Gewerkschaftsführungen, die sich zumal in Kroatien und Slowenien von den ehemals kommunistischen Parteien freigespielt haben, abgewiesen.⁴⁹ Diese Parteien hatten auf Grund ihres geringen Mobilisierungspotentials niemals eine Chance, zum Kristallisationskern einer neuen jugoslawischen Bewegung zu werden. Das taktische Festhalten Miloševićs an einer jugoslawischen Option machte es ihnen fast unmöglich, in einem von uniformen nationalstaatlichen Aspirationen aufgeheizten Klima darzulegen, daß sie unter Jugoslawien etwas ganz anderes verstanden, nämlich einen lockeren demokratischen Bund, und nicht einen vom großserbischen Populismus dominierten Zentralstaat.

Ebenso zum Scheitern verurteilt waren die Bestrebungen des letzten jugoslawischen Premiers, Ante Marković, durch Abspaltungen aus den kommunistischen Republiksparteien eine jugoslawisch orientierte Reformkraft zu schaffen, mit der er den gemeinsamen Staat in eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung überleiten wollte. Marković wollte eine „Modernisierungselite“ schaffen, mit den von ihm in den einzelnen Republiken initiierten „reformistischen“ Organisationen als politischen Exponenten, die von einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung getragen hätten werden sollen. Die Rechnung von Marković, daß die Wähler in ihrem wirtschaftlichen Eigeninteresse die von ihm vorgelegten Reformschritte – Privatisierung, unabhängige Justiz, Zügeln der Inflation, Festigung des Dinarkurses als Versuch, den Lebensstandard zu heben und eine zivile Gesellschaft zu schaffen – unterstützen würden, ging jedoch nicht auf.⁵⁰ Die Reformkräfte errangen bei den Mehrparteienwahlen in den einzelnen Republiken nur wenige Stimmen, in Slowenien und Kroatien waren sie so schwach, daß sie gar nicht zur Wahl antraten. Nur in Makedonien erreichte der *Bund der*

49 Vgl. Slobodna Dalmacija vom 15. November 1992, 4 f., wo ein Interview mit dem Vorsitzenden des „Bundes der Selbständigen Gewerkschaften Kroatiens“, Dragutin Lesar, abgedruckt ist.

50 Vgl. Mladen Lazić, Krieg und Wirtschaft im ehemaligen Jugoslawien, in: Gaisbacher, Hg., Krieg in Europa, wie Anm. 11, 161–171, hier 163.

Reformkräfte Makedoniens bei den Wahlen genügend Mandate, um mit den Exkommunisten gemeinsam nach den Wahlen die Regierung zu stellen.⁵¹

Nach dem Ausbruch des Krieges und nach dem Rücktritt von Ante Marković als jugoslawischer Ministerpräsident im Dezember 1991 standen die reformistischen Gruppierungen in den übrigen Republiken vor einer unerwarteten Situation und mußten sich angesichts des Mitglieder- und Aktivistenschwunds neu orientieren: In Serbien vereinigte sich die Reformistische Partei im Sommer 1992 mit der *Sozialdemokratischen Liga der Vojvodina* und zwei anderen kleinen nicht-nationalistisch orientierten Gruppierungen zu einem *Zivilen Bund (Gradjanski Savez)*, der bei den Parlamentswahlen in Restjugoslawien und Serbien im Dezember 1992 ohne großen Erfolg kandidierte. In Kroatien vereinigte sich der *Bund der Reformisten* im Mai 1992 mit der *Sozialdemokratischen Liga* (s.o.) zur *Sozialdemokratischen Union*. Ihr Gründungsparteitag am 9. Mai wurde von der kroatischen Polizei mitten in Zagreb auf Grund des Einschreitens von Provokateuren, die den Delegierten vorwarfen, sie seien „Jugonostalgiker“, die den kroatischen Nationalstaat zerstören wollten, verhindert und mußte später in kleinerem Rahmen stattfinden.⁵²

Zu diesem Zeitpunkt hatten aber sowohl die reformistischen Gruppierungen wie auch die nicht-nationalistischen sozialdemokratischen Parteien bereits von einer jugoslawischen Option für die nähere Zukunft Abstand genommen und traten als „Vernunftrepublikaner“ für die Wahrung der Bürgerrechte innerhalb ihrer neuen Staaten ein.⁵³

Der gemeinsame Staat war also durch übernationale Parteien nicht mehr zu retten, denn diese wurden erst ins Leben gerufen, als der *Bund der Kommunisten Jugoslawiens* bereits zerfallen war und die Weichen für die Auflösung des gemeinsamen Staates längst gestellt waren. Die nationalen bzw. nationalistischen Parteien standen zu diesem Zeitpunkt bereits auf festen organisatorischen Grundlagen.

51 Vgl. Šekelj, *Real Existing Selfmanagement*, wie Anm. 15, 336.

52 Der Standard vom 12. Mai 1992, 27. – Am 17. 12. 1992 wurde ein führendes Mitglied dieser Partei, der Gewerkschafter Milan Krivokuća, von einem Unbekannten ermordet – vgl. *Slobodna Dalmacija* vom 19. Dezember 1992, 5.

53 Vgl. Branko Horvat, *Treća Jugoslavija*, in: *Vjesnik SDU*, 1 (1993), Nr. 9, 16.

Schlußfolgerungen

Würde man sich heute bei der Bevölkerung des ehemaligen Jugoslawien in einer Umfrage erkundigen, ob sie sich nach der Zeit Titos zurücksehne, würde die große Mehrheit mit „Ja“ antworten. Wie ist aber dann das Aufkommen nationalistischer Bewegungen zu erklären, deren Ziele den übernationalen Vorstellungen Titos entgegengesetzt sind?

Der Titoismus hatte – wenn man ihn seiner zu Recht oder zu Unrecht gewürdigten idealistischen Attribute (antifaschistischer Volksbefreiungskampf, Selbstverwaltungssystem, Blockfreiheit) entkleidet – mit dem heute vorherrschenden nationalistischen Populismus trotz der krassen Unterschiede im Kollektivismus etwas gemeinsam: das von oben herab erzeugte Kollektiv, sei es nach 1945 die „antifaschistische“ Bevölkerung Jugoslawiens, seien es seit 1988/89 „die Serben“ oder seit 1990 „die Kroaten“. An der Spitze steht immer ein Führer, der in seiner Person das jeweilige System symbolisiert: Tito, Tadjman, Milošević. Deswegen werden viele Menschen, die sich an den relativen Wohlstand und Frieden unter Tito erinnern, in „freiwilliger Unterwürfigkeit“ heute für die Führer der nationalen Parteien stimmen. Ob dieses durch jahrzehntelange Gewohnheit geprägte Verständnis von ‚Demokratie‘ – daß nämlich mit der Wahl eines Führers, der die Nation nach außen hin vertritt, die Aufgabe des Volkes bereits erfüllt sei – ein Reflex auf noch vorhandene Reststrukturen des „balkanischen Patriarchats“⁵⁴ ist, müßte diskutiert werden. In eine solche Diskussion müßte auch die durch äußere Faktoren (jahrhundertlange Fremdherrschaft seitens Byzanz, des Osmanischen Reichs, Österreich-Ungarns etc.) bestimmte ‚nachhinkende‘ sozio-ökonomische und politische Entwicklung im südosteuropäischen Raum einbezogen werden. Ein ähnliches Zweigespann von ökonomischer Peripherisierung und Demokratiedefiziten ist auch in vielen Ländern der Dritten Welt aufgrund ihres Verhältnisses zur Ersten Welt festzustellen und Thema verschiedener Imperialismustheorien.⁵⁵ Allerdings besteht

54 Vgl. John, Gaisbacher u. a., „Über geschichtliche Wiederholungstäter und die Möglichkeit, ihnen den Boden zu entziehen, in: Gaisbacher, Hg., *Krieg in Europa*, wie Anm. 11., 220–232, hier 224; Karl Kaser, *Hirten, Helden und Haiduken. Zum Männlichkeitskult im jugoslawischen Krieg*, in: *L'homme* 3 (1992), H. 1, 155–162; Karl Kaser, *Hirten, Kämpfer, Stammeshelden. Ursprung und Gegenwart des balkanischen Patriarchats*, Wien, Köln u. Weimar 1992.

55 Vgl. Karl Kaser, *Südosteuropäische Geschichte und Geschichtswissenschaft. Eine Einführung*, Wien u. Köln 1990, 130.

bei solchen Ansätzen immer die Gefahr, über das Ziel hinauszuschießen und die Besonderheit der südosteuropäischen Entwicklung zu überschätzen. Damit wird die im Westen notorische Behandlung des Balkans als Raum „geschichtsloser“ und damit „inferiorer“ Völker⁵⁶ (siehe Engels) erneut fortgesetzt und universellere Erklärungsmöglichkeiten für Nationalismus und Krieg⁵⁷ bleiben ausgespart.

Abseits dieser düsteren „Vor-Urteile“ ist die aktuelle Genese der Mehrparteiensysteme im ehemaligen Jugoslawien noch immer voller Fragezeichen. Der eben erwähnten „Theorie von der freiwilligen Unterwürfigkeit“ (Kollektivismus) steht die „Theorie vom [aus der vorkommunistischen Zeit stammenden nationalistischen] Geist aus der Flasche“ (Geschichtsbilder, die ein Gefühl der nationalen Bedrohung erzeugen) gegenüber.⁵⁸

Beide Theorien greifen zu kurz, solange die Entstehung nationalistischer Strömungen nicht vor dem Hintergrund der raschen sozio-ökonomischen Veränderungen in der Tito-Periode (rasche Industrialisierung, wachsende Mobilität, jähes Städtewachstum ohne Urbanisierung⁵⁹) gesehen wird, die aufgrund der damit einhergehenden teilweisen Zerstörung überkommener Formen des Zusammenlebens und der Gruppenbildung in der Bevölkerung zu einem diffusen Gefühl der Entwurzelung führten. Dies fiel solange nicht ins Gewicht, als es von oben gesetzte kollektive identitätsstiftende Orientierungsmuster gab (Volksbefreiungskampf, Blockfreiheit, Selbstverwaltungssystem), die in der Per-

56 Vgl. Vesna Kesić, Europas Vergangenheit am Balkan, in: Wiener Zeitung vom 5. September 1992, 3 – ein Beitrag einer kroatischen Linken, die sich dem westeuropäischen Diktum der „Geschichtslosigkeit“ entschieden widersetzt.

57 Vgl. Klaus Theweleit, Männerphantasien, 2 Bde., Frankfurt am Main 1977/78.

58 Vgl. die kritische Nutzbarmachung beider Zugänge bei Rastko Močnik, Der 18. Brumaire des östlichen Frühlings, in: Gaisbacher, Hg., Krieg in Europa, wie Anm. 11, 31–48 bes. 36–38; sowie ihre Zurückweisung bei Rainer Bauböck, Zur Zukunft des Nationalismus in Europa, in: Das Kriegsjahr 1991: Unsere Zukunft? Friedensbericht 1991, Wien 1992, 159–181.

59 Vgl. Ernest Gellner, Nationalismus und Moderne, Berlin 1991, 90–97, 167. Im Unterschied zu West- und Teilen Mitteleuropas sind Entwurzelung, wachsende Mobilität großer Bevölkerungsteile und Städtewachstum im Rahmen der Industrialisierung – als Ausgangsfaktoren für nationalistische Strömungen – in Jugoslawien ja erst unter Tito vor sich gegangen, wobei – um nur einen Faktor dieses jähen Strukturwandels zu nennen – sich die Städte „in große Siedlungen oder in übergroße Dörfer“ verwandelten, „in denen nicht das städtische ‚soziale‘ Element (...) zum dominanten wurde.“ Vgl. Kuzmanić, Entmilitarisierung im ehemaligen Jugoslawien, wie Anm. 12, 72.

son des Charismarchen Tito symbolisiert wurden. Erst nach seinem Tod zeigte es sich, wie notwendig es für den Zusammenhalt des Gesamtstaates gewesen wäre, diese und darüber hinausgehende, auf eine demokratische Gesellschaft abzielende Orientierungsmuster in urbanen zivilgesellschaftlichen Strukturen zu verankern; doch dies war in einem autoritären Einparteienstaat ausgeschlossen.

Nach Titos Tod kam es zu einem Interregnum von mehreren Jahren. Anfangs war es noch offen, welchen Weg die jugoslawische Föderation einschlagen würde. Doch die Anhäufung von Krisenphänomenen auf ökonomischer, dann auf politischer Ebene und schließlich auf der Ebene der Verfassung machten eine integrative Lösung immer unwahrscheinlicher. Zu diesem Zeitpunkt konnten die neuen national-populistischen Bewegungen für die Menschen erstmals wieder glaubhafte identitätsstiftende Orientierungsmuster anbieten. Und nachdem die nationalistischen Führungen die Macht erobert hatten, waren es nur mehr wenige Schritte bis zu den ersten Schüssen, bis zum Krieg um Territorien und schließlich bis zum Genozid an der muslimischen Bevölkerung Bosnien-Herzegovinas.

Auch wenn die begangenen Massenverbrechen (man denke nur an die Konzentrationslager von Omarska, Manjača, Trnopolje etc.) an den Faschismus erinnern, sind weder das gegenwärtige serbische noch das gegenwärtige kroatische Regime als „faschistisch“ zu bezeichnen, wenngleich es auf beiden Seiten – insbesondere bei den paramilitärischen Einheiten – Tendenzen dazu gibt. Genozid findet aber, wie das armenische Beispiel von 1915 zeigt, auch ohne Faschismus in Reinkultur und ohne Anspruch auf Weltherrschaft statt. Der Nationalstaat kann mit seinem Apparat (Kulturmandarine, Kleinunternehmer, Finanzspekulant, mittelbäuerliche Schicht, Bürokratie) nur ein relativ kleines geographisches Feld kontrollieren.⁶⁰ Dies mag auch das Desinteresse westlicher Politiker am Fall Bosnien-Herzegovina teilweise erklären.

Daß sich auf diesem Feld übernationale Parteien, die ihre Programme nach sozio-ökonomischen Fragestellungen ausrichten, nicht durchsetzen konnten, liegt – neben dem oben geschilderten konkreten Ereignisablauf – auch an der aus der titoistischen Zeit stammenden Parzellierung der „selbstverwalteten

⁶⁰ Vgl. Močnik, Der 18. Brumaire, wie Anm. 58, 35.

Gesellschaft“: Divide et impera! Allein die jugoslawische Eisenbahn war vor dem Zerfall auf 300 Selbstverwaltungseinheiten aufgeteilt.⁶¹

Diese Parzellierung ermöglichte es den neu etablierten (im Falle Kroatiens) oder bestehenden (Serbien) Staatsparteien, sich als Motor einer nationalistischen Homogenisierung des jeweiligen ethnischen Kollektivs zu etablieren.⁶² Soziale Konflikte und Verteilungskämpfe können angesichts des Kriegs für die „Interessen“ des eigenen Kollektivs und trotz wachsender Arbeitslosigkeit und Armut jeweils eingedämmt werden. Gesellschaftliche Parzellierung, nationaler Kollektivismus und subjektive Bedrohungsgefühle bilden die Elemente einer plebiszitären, nationalen „Führerdemokratie“. Wie immer man diese in Kroatien und Serbien-Montenegro vorherrschenden, einander bedingenden politischen Systeme typologisiert – man könnte sie z. B. als „parlamentarisch-nationalistische Bonapartismen“ oder als „dominante nationalistische Populismen“ bezeichnen –, sie werden jedenfalls solange vorherrschen, als territoriale Kriege um „nationale Siedlungsräume“ geführt werden können, in denen jede Seite glaubt, noch diesen oder jenen Quadratkilometer gewinnen zu können.

Halten wir fest: Die Zerstörung von Titos Jugoslawien und das Aufkommen nationalistischer Führerparteien ist die Folge eines komplexen Geflechts von Ursachen. Neben der ökonomischen und politischen Systemkrise in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, neben dem Fehlen zivilgesellschaftlicher Strukturen und der mangelnden Aufarbeitung der Vergangenheit zwischen 1941 und 1945 (aber auch vor 1941) sind die tieferen Ursachen in den Folgen eines gesellschaftlich nur mangelhaft verarbeiteten Industrialisierungsprozesses zu suchen und – je weiter südlich wir im ehemaligen Jugoslawien schauen – möglicherweise in einem Reflex auf vormoderne Organisationsformen politischer Vertretung.

Der serbische Schriftsteller Radoje Domanović (1873–1908) schildert in seiner prophetischen Parabel *Vodja*⁶³ (Der Führer) eine Dorfgemeinschaft, die

61 Vgl. Biti, *Der Griff nach der Geschichte*, wie Anm. 10., 43; Šekelj, „Real-existing Selfmanagement“, wie Anm. 15, 328, spricht sogar von einer „Atomization of society“.

62 Diese Homogenisierung spiegelt sich in der Wählerschaft der kroatischen Regierungspartei wider: „HDZ has still the broadest electoral base, showing not only a profile of a ‚catch all‘ party, but also that it is still more a national movement than a defined political organization.“ – Ivan Grdešić, *The Dynamics of Croatian Electorate*, in: *Südosteuropa* 42 (1993) Nr. 5, 289–300, hier 291.

63 Deutsche Übersetzung in: Miodrag Vukić, Hg., *Jugoslawische Erzähler der Gegenwart*, Stuttgart 1966, 9–26.

sich wegen der Kargheit des Bodens auf die Suche nach einer neuen Heimat macht. Als Anführer wählt sie jedoch nicht einen aus ihrer Mitte, sondern einen vorbeikommenden, schweigsamen Wanderer. Er führt sie in einer geraden Linie durch Dornbüsche und quer über Schluchten. Viele stürzen ab und kommen um, ohne daß die Übrigen das Vertrauen in ihren Anführer verlieren. Zuletzt sind nur mehr drei Männer übrig, die ihren Führer anklagen: „Sieh mal an, wie wir aussehen und wie wir zugerichtet sind. Es wäre besser, wir wären gestorben, als mißgestaltet fortzuleben.“ Da erst bekennt er, von Geburt an blind zu sein. – „Wo wollen wir jetzt hin?“ zischt einer mit Grabesstimme. – „Wir wissen es selbst nicht!“